

Verlagsbedingungen und Einzelnepreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

16. November 1925

Verlag und Verlagsabteilung:
Geschäftszeit 6-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Kommunalwahlsieg in Hessen.

Starker sozialdemokratischer Stimmenzuwachs seit der Dezemberwahl 1924.

Darmstadt, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Gemeinde-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen am Sonntag sind in Hessen im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug auf dem flachen Lande etwa 60 Proz. und in den Städten rund 50 Proz. Trotz der schlechten Wahlbeteiligung hat die Sozialdemokratie fast überall bis zu 25 Proz. zugenommen. Alle bürgerlichen Parteien haben Verluste zu verzeichnen. In Darmstadt, der Hochburg der Reaktion, haben die Deutschnationalen nur noch 40 Proz. der Stimmen vom 7. Dezember 1924 aufbringen können. Für die Sozialdemokratie bedeutet die Wahl am Sonntag einen vollen Erfolg.

Einzelsergebnisse.

Mainz, 16. November. (W.Z.B.) Nach dem vorläufigen Endergebnis der gestrigen Stadtverordnetenwahlen sind gewählt: Sozialdemokraten 21 (24 in der vorigen Stadtverordnetenversammlung), Zentrum 15 (18), Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsoverbände 4 (0), Demokraten 4 (4), Kommunisten 4 (2), Deutschnationale 2 (4), Deutsche Volkspartei 2 (6), Stadt- und Landverband für Selbstbehörden 2 (0).

Worms, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) In Worms sind gewählt worden: 15 Sozialdemokraten (bisher 14), 3 Demokraten (3), 5 Zentrum (5), 14 Volksparteiler (16), 2 Deutschnationale (1).

Offenbach, 16. November. (W.Z.B.) Amliches Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen. Es erhielten: Sozialdemokraten 10 203 Stimmen, Zentrum 4248, Demokraten 2253, Kommunisten 8590, Arbeitnehmer 893, Vereinigte Bürgerliche 8940. Die Siege verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 15 (21), Zentrum 6 (5), Demokraten 4 (3), Kommunisten 11 (7), Arbeitnehmer 1 (0), Vereinigte Bürgerliche 11 (12).

Die Wahlen in der Tschechoslowakei.

Nach kein abschließendes Ergebnis.

Prag, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Die am gestrigen Sonntag vorgenommenen Neuwahlen zum Abgeordnetenhause und zum Senat der tschechoslowakischen Republik gingen unter sehr starker Beteiligung vor sich, die in Prag 90 Proz. der Wahlberechtigten erreichte. Abschließendes über den Gesamtergebnis läßt sich noch nicht sagen, da aus den östlichen Gebieten des Staates erst mangelnde Ergebnisse vorliegen und auch aus den westlichen Gebieten in der Hauptsache erst die Wahlresultate der Städte. Immerhin läßt sich jetzt schon berichten, daß sowohl die deutschen wie die tschechischen Sozialdemokraten gegenüber den Gemeindevahlen von 1923 sich nicht nur gehalten, sondern auch Fortschritte zu verzeichnen haben, während die großen Erwartungen der Kommunisten nicht in Erfüllung gegangen sind. Ein Vergleich des jetzigen Wahlausfalles mit den Parlamentswahlen von 1920 hat für die Beurteilung der Parteienentwicklung keinen Wert, weil damals die kommunistische Partei noch nicht bestanden hat.

Aus Groß-Prag liegt bisher folgendes Resultat vor: Tschechische Parteien: Nationalsoz. 93 879, Nationaldem. 77 083, Sozialdemokraten 35 992, Volkspartei (Merika) 25 561, Gewerkepartei 25 461, Agrarier 8 978, Nat. Arbeitspartei 18 800. — Deutsche Parteien: Nat. 7421, Sozialdemokraten 6792, Landwirte 1691, Christlichsoziale 1100.

1920 hatten in Prag alle deutschen „nichtmarxistischen“ Parteien eine Wahlgemeinschaft gebildet, die 17 900 gegenüber 4797 sozialdemokratischen Stimmen aufgebracht hatte. Die deutschen Sozialdemokraten haben also in Prag auf Kosten der deutschbürgerlichen stark gewonnen. In den deutschen Gebieten scheinen neben den Sozialdemokraten auch die Hakenkreuzler zugenommen zu haben, diese aber nur auf Kosten der bürgerlichen Deutschnationalen.

Die Kommunisten, die im ganzen Staat als national nicht getrennte Partei auftreten, haben in Groß-Prag 58 160 Stimmen erhalten. Die Nationale Arbeiterpartei ist erst in der jetzigen Wahlbewegung von den Nationaldemokraten (großbürgerlich-kommunistisch) abgesplittert. Da die Wahlsiffer 22 000 beträgt, scheint es, daß diese neue Partei möglicherweise in Prag ein Mandat erhält, auch in Brünn kann sie eins erhalten.

Die Partei der ausgesprochen rechtsgerichteten tschechischen Agrarier, von dem wegen seiner Korruptionsaffäre ausgestoßenen Pragerer gegründet, ist durchgefallen. Während in der 1920 gewählten Nationalversammlung die tschechischen Sozialdemokraten die stärkste Fraktion waren, dürften jetzt die tschechischen Agrarier dank der kommunistischen Arbeiterpartei an diese Stelle rücken. Es ist das die Partei des Ministerpräsidenten Socha und des Innenministers Matyska.

In der Slowakei hat die Partei des Barrers Hlinka, das sind die antisowjetischen Merkmalen Autonomisten, einen großen Sieg errungen, während sämtliche Parteien der tschechischen Regierungskoalition in der Slowakei gescheitert sind.

Die deutschen Sozialdemokraten dürften mit 20 Mandaten in das Abgeordnetenhause zurückkehren und mit einer entsprechenden Vertretung auch in den Senat.

Es wird wohl auch weiterhin bei einer Regierung nur tschechischer Parteien bleiben.

Daudet zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Paris, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Der bekannte radikale Führer der französischen Royalisten und Leiter der „Action française“, Léon Daudet, ist in einem Prozeß, den ein Drohkoucheffeur gegen ihn angestrengt hatte, nach dreiwöchentlicher Verhandlung zu 5 Monaten Gefängnis und 1500 Franc Geldstrafe verurteilt worden. Der Geschäftsführer der

Gießen, 16. November. (W.Z.B.) Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten: Sozialdemokraten 2864 (13 Sitze, vorher 11), Zentrum 476 (2 Sitze, vorher 3), Demokraten 1195 (5 Sitze, vorher 5), Kommunisten 371 (1 Sitz, vorher 3), Mittelstandsvereinigung 1575 (7 Sitze, vorher 0), Vereinigte Bürgerliche (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) 3010 (14 Sitze, vorher 21). Die Wahlbeteiligung betrug 40 Proz.

Darmstadt, 16. November. (W.Z.B.) Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen erhalten die Sozialdemokraten 20 Sitze (19). Das Zentrum behauptet seinen alten Stand mit 3 Sitzen. Die Deutsche Volkspartei ist von 22 auf 14 zurückgegangen, die Demokraten von 5 auf 3. Die Deutschnationalen haben 1 Sitz von diesen gewonnen und erhalten jetzt 5 Sitze. Die Kommunisten sind von 3 auf 1 zurückgegangen. Die Mietervereinigung erhielt keinen Sitz. Die Gewerbe- und Handwerkervereinigung hat einen Sitz verloren und behauptet noch 2 Sitze. Die Nationalsozialisten haben keinen Sitz bekommen. Die Zahl der Sitze ist von 60 auf 48 zurückgegangen.

Darmstadt, 16. November. (W.Z.B.) Bei den Kreistagswahlen erhielten: Sozialdemokraten 13 360, Zentrum 2340, Deutsche Volkspartei 1028, Demokraten 2530, Deutschnationale 3308, Kommunisten 931, Landbund 469 Stimmen.

Bei den Provinzialwahlen erhielten: Sozialdemokraten 13 297, Zentrum 2553, Deutsche Volkspartei 1027, Landbund 422, Demokraten 1500, Deutschnationale 3337, Kommunisten 926 Stimmen.

Bei den vom W.Z.B. eingefügten Vergleichsziffern ist zu berücksichtigen, daß es sich um die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen aus dem Jahre 1922 handelt.

„Action française“ erhielt 2 Monate Gefängnis. Beide Angeklagte haben dem Chauffeur 35 000 Franc (etwa 6000 M.) Schadenersatz zu zahlen. Daudet hatte behauptet, daß der Chauffeur seinen Sohn ermordet habe. Tatsächlich hat der junge Daudet seinerzeit in dem Auto Selbstmord begangen, nachdem er unter die Anarchisten geraten war.

Finanzkompromiß in Paris.

Paris, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat am Sonntag um 4 Uhr morgens die abgeänderte Finanzvorlage mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen, so daß die erste Lesung im Plenum Dienstag nachmittag beginnen kann. Für die Generaldebatte sind bereits 21 Redner eingeschrieben.

Am Sonntag sprach Cailleux zum erstenmal nach seinem Rücktritt als Finanzminister in seinem Wahlkreis, dem Département Sarthe, wobei er die Finanzvorlage Painlevés scharf kritisierte. Der starke Rückgang des Frankenkurses in den letzten Wochen sei die Folge der Finanzpläne des Kabinetts Painlevé, die eine Kapitalflucht ins Ausland (das Finanzkompromiß bestimmt, daß auch Guthaben im Ausland versteuert werden müssen. Red.) und eine Erschütterung des öffentlichen Kredits zur Folge gehabt hätten.

Die Befähigungsmilderungen.

Dienstag Veröffentlichung der amtlichen Mitteilung.

Paris, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitteilung der von den Alliierten für das Rheinland in Aussicht genommenen Erleichterungen ist am Sonnabendabend dem deutschen Botschafter zur Weiterleitung nach Berlin gemacht worden. Ihre Veröffentlichung wird wahrscheinlich am Dienstag, und zwar gleichzeitig in Berlin und den alliierten Hauptstädten erfolgen. Nach unferen Informationen kündigt sie folgende Maßnahmen an: Die Okkupation wird künftig rein militärischen Charakter erhalten, d. h. die Befähigungsbehörden haben sich jeder Einmischung in die Verwaltung der besetzten Gebiete zu enthalten. Maßnahmen administrativer Natur sind nur noch zulässig im Rahmen der für die Sicherheit der Truppen unerlässlichen Anordnungen. Die von der Rheinlandkommission erlassenen Verordnungen, in der Zahl von über 300, werden bis auf einige 30 aufgehoben werden. Die Kreisdelegierten werden zurückgezogen und die deutschen Lokalbehörden wieder in ihre vollen Rechte eingeseht. Die Kompetenz der Kriegengerichte wird auf Vergehen gegen die Sicherheit der Truppen beschränkt, alle übrigen Straftaten haben die deutschen Gerichte abzuurteilen. Die Städte der alliierten Truppen wird nach Tunlichkeit reduziert, zugleich soll eine wesentliche Erleichterung der Quartierlasten eintreten durch Konzentration der Truppen in den Kasernen und nach Möglichkeit außerhalb der großen Städte. Endlich ist eine gegenseitige Amnestie, von allierter Seite für die Ausgewiesenen und irgendwie Verurteilten, von deutscher Seite für die wegen der Beteiligung an separatistischen Umtrieben oder wegen Einvernehmens mit den Befähigungstruppen verfolgten Einwohner der besetzten Gebiete vorgelesen.

Zum Fall Rakosi.

Das Budapestgericht erklärt sich für unzuständig.

Budapest, 16. November. (W.Z.B.) In der Angelegenheit Mathias Rakosi und Genossen verkündete der Präsident Banco heute vormittag 11 Uhr das Urteil, demzufolge das Gericht die Anwendung des staatsrechtlichen Verfahrens nicht als geeignet erachtet und die Angelegenheit den ordentlichen Gerichten überweist. Sämtliche Angeklagten bleiben auch weiterhin in Haft.

Der Kurs des Zentrums.

Eröffnung des Zentrumsparteitags. — Der Reichsausschuß für Große Koalition.

F. Kl. Kassel, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Parteitag des Zentrums, dem wegen der inneren Auseinandersetzungen der Partei besonders reges politisches Interesse entgegengebracht wird, wurde am Sonntag mit einer Sitzung des Reichsparteiausschusses eröffnet. Der Ausschuß bestätigte den schon am Sonnabend gefaßten Beschluß des Parteivorstandes, wonach die große politische Debatte in öffentlicher Sitzung des Parteitages gepflogen werden solle, während man bis dahin beabsichtigt hatte, die Beratungen unter Ausschluß der Presse, wenigstens soweit sie nicht dem Zentrum dient, stattfinden zu lassen.

Die Verhandlungen des Reichsparteiausschusses waren im wesentlichen vorbereitender und deshalb vertraulicher Natur. Jedoch erfahren wir, daß an den Ausschußverhandlungen neben den bekannten Reichsführern des Zentrums vor allem der badische Zentrumsführer Prälat Schöfer und die beiden Minister Trunk und Köhler teilgenommen haben. Dr. Wirth nahm an den Beratungen nicht teil, da er erst am Sonntagabend in Kassel eintraf. Hinsichtlich des Falles Wirth wurde die Meinung des Ausschusses dahin zusammengefaßt, daß es seine Aufgabe sei, nicht sich zum Richter über die Vergangenheit zu machen, sondern vielmehr die Zukunft zu sichern und vor allem die Einheit der Partei wiederherzustellen. Es wurde im Zusammenhang mit diesen Erörterungen davon Mitteilung gemacht, daß durch die badischen Freunde Dr. Wirths, besonders durch Prälaten Schöfer, Unterhandlungen mit Wirth vorbereitet sind, um für die Aussprache über den Fall Wirth auf dem Parteitag eine geeignete Grundlage zu schaffen.

Man legt allerseits, besonders bei den engeren Freunden Wirths Wert darauf, daß Wirth wieder der Fraktion beitrete, damit er seine Meinung dort zur Geltung bringe, anstatt außerhalb der Fraktion Opposition zu treiben. Sein Austritt aus der Fraktion wird auch von seinen engeren Freunden aus formellen Gründen mißbilligt, wenn man auch zugibt, daß die gründliche Aussprache überhaupt erst ermöglicht wurde durch das Signal, das dieser Austritt der Öffentlichkeit gegeben hat.

Außer der politischen Aussprache, die den Abschluß der Debatte über den Fall Wirth einschloß, wurden vom Parteiausschuß hauptsächlich organisatorische Fragen besprochen, wobei u. a. festgestellt wurde, daß die Finanzlage der Partei sehr schwierig sei, da namentlich verschiedene Organisationen mit den Beiträgen sehr erheblich im Rückstande seien.

Ein besonderes Kapitel bildete die Stellungnahme des Parteiausschusses zu den Windthorst-Bünden und der Jugendbewegung. Der Reichsbund der Windthorst-Bünde hatte eine besondere Tagung abgehalten, in der die Wahl des Abg. Joos, eines Freundes von Wirth, zum Vorsitzenden des Reichsbundes mitgeteilt wurde. Er wurde begrüßt als ein Mann, der, wie selten einer, die Gabe habe, sich in die Seele der Jugend zu versenken und deshalb der Sprecher der Jugend auch innerhalb des Zentrums sein soll. Auf dem Parteiausschuß wurde vom Geschäftsführer der Windthorst-Bünde, dem Abg. Dr. Krone, ein ausführliches Referat über die Stellung der Jugend, über ihr neues Verhältnis zur Staatsform usw. erstattet. Dieses Thema löste eine lange Aussprache im Parteiausschuß aus. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Zeit heute eine ganz andere geworden ist, daß die Jugend, die den Weg des neuen Deutschlands mitgemacht habe, eine ganz andere ist, als die Jugend, die Deutschland in einer glänzenden Waffenrüstung der Welt imponieren sah.

Im weiteren Verlauf der politischen Aussprache auf dem Reichsparteiausschuß, bei der außer Marx und Fehrenbach und anderen noch Dr. Brauns, Abg. Dessauer und mehrere Vertreter aus den Ländern das Wort genommen hatten, klärte sich die Situation dahin, daß die Große Koalition als Forderung der Zentrumspartei aufgestellt wird. Diese Forderung wurde von keiner Seite bestritten; sie wurde vielmehr „grade durch die Entwicklung der Dinge in den letzten Wochen als gegeben“ erachtet.

Die Notwendigkeit der Zentrumspartei und ihre Erhaltung wurde von keiner Seite in Zweifel gezogen, vielmehr als die dringendste Forderung bezeichnet.

F. Kl. Kassel, 16. November. (Eigener Drahtbericht.)

In der „Stadthalle“ zu Kassel tagt der Zentrumsparteitag. Vor dem stolzen Bau flottiert neben der weißblauen Kasserler Stadtschlange die Fahne des Reiches Schwarz-Rot-Gold. Der schöne, große Tagungsraum zeigt gleichfalls den Schmuck der Reichsflaggen, die die Bühne stüblich umrahmen.

Es sind etwa 350 Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen, darunter auch solche aus Danzig und dem Saargebiet. Zum ersten Male ist — worauf der Parteivorsitzende, Marx, in seiner Eröffnungssprache besonders hinwies — auch die Presse gegnerischer Parteien zugelassen und in größerem Umfange vertreten. Für Dienstag vormittag ist allerdings noch eine geschlossene Sitzung vorgesehen, die sich mit internen Parteifragen beschäftigen soll.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, nahm sodann Reichsanwalt Dr. Marx das Wort zu einer großangelegten Rede über die gesamte politische Lage und über die politische Linie der Zentrumspartei. Marx erläuterte zunächst an das Bemühen des Zentrums seit dem Zusammenbruch, dem deutschen Volk wieder zu der Stellung in Europa und auf der Welt zu verhelfen, die ihm durch seine Lage und

durch seine Kultur zukomme. Äußere Etappen auf diesem Wege seien die Konferenzen von Spa, London, Cannes, Genua, London und Locarno. Leider habe das deutsche Parteileben in dieser lebenswichtigen Frage für das deutsche Volk das Bild größter Zersplitterung gezeigt. Große Teile des Volkes, die bei den verschiedenen Wahlen der letzten Jahre ihre Stimme der Deutschnationalen Partei gaben, und damit deren starken Aufstieg bewirkten, glaubten andere Wege als den Weg der Verständigung mit den früheren Gegnern gehen zu sollen. Die Deutschnationalen Partei blieb stets in Opposition, eine Stellung, die an sich auch zur Stärkung des Standpunktes einer Regierung beitragen kann, wenn sie vernünftig und sachgemäß innegehalten wird. Seit dem August 1924 haben sich die Deutschnationalen zögernd der bewährten Außenpolitik der Mitte angeschlossen. Das Kabinett Luther, in dem die Deutschnationalen führend vertreten waren, hat unsehrbar die Initiative ergriffen, um die Wiederannäherung der bisherigen feindlichen Staaten und der Völker zu betreiben. Damit hat gerade diese Regierung dem Neuwenden des Europa Wege geöffnet, die wir trotz des Ausscheidens der Deutschnationalen nicht wieder verschütten lassen möchten. Das Ausscheiden deutschnationaler Minister aus dem Kabinett und die von der Deutschnationalen Partei gefassten Entschlüsse haben in unverantwortlicher Weise die außenpolitischen Interessen Deutschlands aufs schlimmste gefährdet.

Die Abmachungen von Locarno werden demnächst den Reichstag beschäftigen. Allen Anschein nach sind die sogenannten Rückwirkungen derart gesichert, daß wohl eine große Mehrheit im Deutschen Reichstag dem Vertrag von Locarno zustimmen wird. Er verkennet nicht die schweren und weitgehenden Bedenken, die es verhindern, die Abmachungen von Locarno mit Begeisterung zu begrüßen. Immerhin bedeuten diese Vereinbarungen einen großen und hoffentlich erfolgreichen Schritt auf dem Wege zur Befreiung nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt. Gerade vom christlichen Standpunkte begrüßen wir die Tatsache, daß große Nationen, die sich vor einigen Jahren noch in schwerster Feindschaft befanden, in feierlicher Abmachung die kriegerischen Auseinandersetzungen über Grenzfragen ausschließen. Wie die Befreiung von einem Ab sollte es mit Genugtuung angehen werden, daß die Nationen sich zu diesem Schritt verständigt haben, mit dem Ziele, ihre Völker vor dem Gespenst des Krieges zu verschonen. Die Zentrumspartei ist entschlossen, diesen Weg friedlicher Verständigung, die in keiner Weise eine freiwillige Auseinandersetzung über strittige Grenzfragen ausschließt, mit aller Entschiedenheit weiter zu verfolgen. Sie wird auch den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund unterstützen, weil sie im Völkerbund zwar nichts Volkstümliches, im Gegenteil wesentlich Verbesserungsbefähigtes erblickt, aber doch ein Instrument, den wirklichen Frieden und die friedliche Verständigung über Meinungsverschiedenheiten in höchst erfreulicher Weise zu fördern.

Deutschland will mit den anderen Nationen an Werten des Lebens wetteifern. Deutschland wird auch sein Recht auf nationale Freiheit behaupten. Deutschlands Westen sucht friedlichen Verkehr mit seinem Nachbar. Die bewaffnete Besetzung der Grenzgebiete stören diese friedliche Gesinnung. Mit dem Geiste des Vertrages von Locarno ist es nicht mehr zu verbinden, diese Waffenbesetzung in den deutschen Grenzgebieten zu belassen. Auch die Ordnung des Regimes im Saargebiet bedarf einer Veränderung. Im Völkerbund sehen wir den ernststen Versuch, die Idee des Völkerfriedens zu verteidigen. Wir unterstützen deshalb nach Kräften seine Bemühungen um die Befriedung Europas und wollen ihm beitreten, sobald die berechtigten Bedenken über die Ausdehnung und Auswirkung gewisser Bestimmungen der Völkerbundsakte beseitigt sind.

Dr. Marx kam sodann auf die innerpolitischen Fragen zu sprechen. Er betrachtete das Jahr 1925 als ein solches der innerpolitischen Festigung. Der Eid Hindenburgs auf die Verfassung ist die letzte Fundamentierung des Wertes von Weimar. Die Reden in Frankfurt a. M. und in Darmstadt stellen eine neue Befestigung dar. Das Zentrum befaßt sich innerer Anteilnahme den Aufbau des neuen Deutschlands. In schwerster Bedrängnis und im schweren materiellen Verfall hat sich die in Weimar neugeschaffene Staats-

Franz Lauffötter.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Lauffötter ist am Sonntag nachmittags 2 Uhr plötzlich an einem Schlaganfall verstorben. Er besand sich auf der Fahrt nach Sengerich, wo er anlässlich der bevorstehenden Provinzialtags- und Kreisstagswahlen in einer Wahlversammlung sprechen sollte. Der Tod erfolgte im Zuge. Die Leiche wurde nach Münster geschafft, wo sie bis zur Ueberführung nach Hamburg aufgebahrt wurde.

Mitten in Kampf und Arbeit ist Genosse Lauffötter von einem raschen Tode erreicht worden. Mit ihm ist wieder einer von denen heimgegangen, deren Tätigkeit für die Partei bis in die Zeit des Sozialistengesetzes hineinreicht. Lauffötter, der am 2. November 1857 in Altendalen in Westfalen geboren war, hatte sich unter dem Einfluß eines älteren Bruders schon als ganz junger Mensch der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen. Er hatte das Gymnasium und dann das Lehrerseminar in Buren besucht und sich durch Privatstudien auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften ausgebildet. Seit 1880 war er Lehrer in den Hamburger Arbeiterbildungsvereinen und hielt dann später in fast allen Gegenden Deutschlands Unterrichtskurse ab, denen unzählige Genossen wertvolle Anregungen verdanken. Nicht geringer als auf rechnerischem, war seine Tätigkeit auf schriftstellerischem Gebiet. Seine Gabe, auch verwickelte Dinge leichtföhllich und interessant darzustellen, machte ihn zu einem der beliebtesten Mitarbeiter der Partei- und Gewerkschaftspresse. Auch der „Vorwärts“ verdankte ihm bis in die letzte Zeit hinein wertvolle Beiträge.

Dem Reichstag gehörte Genosse Lauffötter als Vertreter Hamburgs seit Januar 1923 an. Sein Nachfolger im Mandat ist der Vorsitzende des Baugewerksbundes und der Bauarbeiterinternationale, Genosse Fritz Paepow.

form bewahrt. Die erste Aufgabe des neuen deutschen Staates ist es, die historisch gewordenen Volkströme in eine einzige deutsche Nation einzuordnen. In diesem Freistaat darf es keine Landesgrenzen geben, für die volle Mitwirkung der Volkstämme keine Hemmung, auch für diejenigen, die noch außerhalb der Staatsgrenzen leben, die aber heißen Herzens auch an der Staatsgemeinschaft teilnehmen wollen. Unter allen Umständen muß die Einheit des Reiches gewahrt werden.

Nach einer Erläuterung davon, daß die staatliche Zerrissenheit Deutschlands auf das „Hausmachtsstreben“ kleiner und großer deutscher Fürsten zurückzuführen sei, widersprach Marx dem Verlangen der Deutschnationalen, durch Beseitigung des Artikels 18 der Reichsverfassung auch eine Neugliederung des Reiches für die Zukunft unmöglich zu machen. Die preußische Verwaltungsreform mache einen guten Anfang in dieser Richtung. Ein einheitliches großes deutsches Reich war unser stolzes Hoffen in Weimar. Das Sinnbild dieser Hoffnung die Farben Schwarz-Rot-Gold. Die Form ist die demokratische deutsche Republik. Deshalb wollen wir diese Verfassung erhalten und sie ausbauen, wo sie Lücken hat.

Es ist die andere große Aufgabe des neuen Deutschlands, die sozialen Gruppen in dem Staat einzupassen, so daß sie sich erhalten und frei entfalten können. Unsere Stellung ist klar und eindeutig. Wir wollen nicht die Vorkherrschaft einer Berufsgruppe, sondern die Einigung und Eingliederung aller Schichten in die höhere Ordnung des nationalen Zusammenlebens. Wir fühlen es, daß heute aus den Tiefen des Volkes neue Kräfte nach oben brechen und um Platz und Licht in der Nation ringen. Dieses aufsteigende Arbeiter-tum will und soll das neue Deutschland zur nationalen staatlichen Mitwirkung führen. Diese Neuordnung schafft Krisen und löst Widerstände aus. Sie schafft jedoch die frohe Zuversicht, daß der deutsche neue Staat einem kräftigen Impuls für lebendiges deutsches Volkstum erschließt.

Die marxistische Doktrin will die Herrschaft des nichtbesitzenden Proletariats gegenüber dem besitzenden Bürgertum aufrechterhalten.

Das Zentrum hat weder mit dem einen noch mit dem anderen irgend etwas gemein. Die Zentrumspartei ist etwas ganz eigenes. So sehr die Zentrumspartei sich als etwas Eigenes fühlt, so wenig hat sie sich dem Zusammenarbeiten mit anderen Parteien verschlossen. Für die Artung dieser Zusammenarbeit hat das Zentrum keine politischen Schlagwörter. Einzig und allein bestimmend für die Bildung von Koalitionen sind politische Zweckmäßigkeiten und Notwendigkeiten. Das Zentrum fügt sich weder an eine politische Rechte, auch wenn man dieser fälschlich das schmückende Beiwort christlich gibt, noch fügt es sich ohne weiteres an eine politische Linke. Das Zentrum kann und wird sich der Rechten anschließen, wenn es die politische Lage notwendig und zweckmäßig oder zur gesunden Fortsetzung der politischen Entwicklung als unumgänglich erscheinen läßt. Unter derartigen Voraussetzungen wird sich das Zentrum auch einer Linken anschließen können und müssen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen über die Koalition kommt Marx auf das Verhältnis zur Regierung Luther zu sprechen. Er erinnert an die Erklärung der Fraktion vom 20. Januar 1925 und fährt dann fort, das Vorgehen der Fraktion hat in sehr weiten Kreisen unserer Parteiangehörigen Mißtrauen geweckt, ja sogar scharfe Bedenken gefunden. Und dennoch muß ich feststellen, daß nach der ganzen politischen Lage im Januar d. J. für die Zentrumspartei keine andere Möglichkeit bestand, als einem Kabinett Luther ihre Unterstützung zu leisten. Die Meinung des Redners geht dahin, daß die Zentrumspartei im letzten Sommer wohl auf sozialpolitischem, gewerkschaftlichem und allgemeinspolitischem Gebiet Erfolge erzielte und dabei doch eine Politik der Mitte getrieben habe.

Die Verfassung von Weimar habe in die deutschen Gauen die Freiheit des Gewissens und der Weltanschauung gebracht. Das Zentrum wird eifertig dafür wachen, daß die Errungenschaften der neuen Zeit nicht durch Heißsporne und engstirnige Leute vernichtet werden. Die neue Republik gewährleistet die Gleichberechtigung aller deutschen Staatsbürger. Ausgehend von diesem Gesichtspunkt fordert Marx unter lebhafter Zustimmung des Parteitag die baldige Vorlegung des Reichsschulgesetzes, das die Gleichberechtigung der Konfessionsschule garantiert.

Zum Schluß gab Marx dem Verlangen nach einer Aenderung des Wahlrechts Ausdruck. Das heutige Wahlrecht entspreche nicht den Anforderungen, die an die Qualität der Abgeordneten-Persönlichkeit und an die dauernde Verbindung des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis zu stellen seien. Besonders müsse der Einfluß von wirtschaftlichen Gruppen (wörtlich: Gewerkschaften und Bauernvereine) auf die Kandidatenausstellung beseitigt werden. Gegenüber den im eigenen Lager aufgetauchten Auffassungen, die Zentrumspartei habe sich überlebt und müsse zugunsten des Zweiparteiensystems sich aufgeben, versichert Marx, gerade jetzt sei die Zentrumspartei dringend notwendig, und ihre weitere Existenz werde dem deutschen Volk und dem Vaterlande großen Segen bringen. (Stürmischer Beifall.)

Die im großen und ganzen mit leidenschaftsloser Monotonie vorgetragene Rede löste fast nur bei den Stellen Zustimmungskundgebungen aus, die besonders scharf die Politik der Mitte betonten oder die gegen Schluß scharf die Betonung der katholischen Interessen unterstrichen. Auch die in diesem Zusammenhang augenscheinlich völlig fremden, aber vielleicht aus den Erlebnissen innerhalb der Zentrumspartei verständlichen Angriffe auf das gegenwärtige Wahlrecht fanden lebhafteste Zustimmung bei großen Teilen des Parteitag.

Im Anschluß an das Referat von Marx wurde zunächst eine größere Anzahl Begrüßungslegationen verlesen, unter denen das vom Bundesvorstand des Reichshammers Schwarz-Rot-Gold im Auftrag der Soldaten der Republik gefandte besonders lebhaft applaudiert wurde.

Fehrenbachs Verteidigung.

Unmittelbar darauf nahm Abgeordneter Fehrenbach das Wort zur Verteidigung der Fraktionspolitik. Humoristisch begann er mit der Bemerkung, daß er zwar keinen Vorberortrag am Rednerpult erwartet hätte, aber es hätte ja auch nicht gerade ein Dinstelstrauch zu sein brauchen. Die vielfachen Angriffe auf die Fraktionspolitik aber, die in Presse und Versammlungen erhoben wurden, seien einem Dinstelstrauch ähnlich. Freilich habe die Fraktion keine Furcht, ihre

Länger leben!

Von Hans Kautzel.

Es ist die höchste Zeit, unser Lebensalter einer Reform zu unterziehen. Die 60, 70 Jahre, die nach der Bibel unser Leben, wenn's hoch geht, währen, und die tatsächlich waren, wenn sie voll Arbeit waren, die sechs, sieben Jahrzehnte der Schrift sind 1925 nicht mehr die gleiche Zeitspanne wie damals. Wir sind betrogen, unser Leben kommt zu kurz weg, weil das Lebenstempo sich, verglichen mit biblischen Zeiten, ungeheuer beschleunigt hat. Die Maschine hat nicht nur die räumlichen Entfernungen, sondern auch die Zeiträume vermindert. Methusalems tausend Jahre waren ein Kinderpiel: — der Mann hat sich so gelangweilt, hat so viel Zeit gehabt, daß ihm die 90 Jahre seines Lebens wie 800 Jahre vorgekommen sind. Uns geheigten Menschen dieses Jahrhunderts sind fünfzig Jahre, als wären es fünf.

Es muß etwas geschehen! So geht das einfach nicht weiter. Wenn man das dritte Jahrzehnt überschritten hat, wird einem angst und bange, wie der Lebenswagen über die Weichen läuft ins vierzigste und fünfzigste Jahr hinein. Bestimmunglose Fahrt, bei der einem schwindelig werden könnte. Zu rasch, zu rasch, man ist im Handumdrehen alt, möchte aber mit sechzig Jahren noch nicht abschieden, in dem Gefühl, daß man ja noch nicht einmal richtig angefangen hat. Bernard Shaw, der bald siebzig ist, ruft: Zurück zu Methusalem! Wir müssen älter, viel älter werden, unbedingt, um das Lebenstempo, das uns in rasender Fahrt an die Daseinsgrenze befördert, wenigstens einigermaßen auszugleichen. Wir weigern uns einfach, unser Abteil zu verlassen, und winken dem Schaffner: Weiterfahren! Großer Shaw, ob es nützt wird, dieses angstvolle Winken, diese große Geste des Lebenswillens: Weiterfahren!

Das Gefühl, nicht genug gelebt zu haben, wird mit wachsendem Lebensstempo immer stärker, es wird die Grundempfindung unseres Daseins werden! Shaws Abwehr gegen den Unzug des Sterbens ist nicht der einzige Protest. Steinach-Woranoff haben den allgemeinen Wunsch nach stärkerer Lebensausnutzung in die Praxis umgesetzt. Es handelt sich dabei allerdings nur um Teilfunktionen, auf die Bernard Shaw vielleicht keinen Wert legt. Aber auch ohne Eingriff in die innere Sphäre: wir haben bereits praktisch angefangen, unser Leben zu verlängern; zunächst durch Selbsttäuschung. Sechzigjährige lernen die modernen Tänze und machen mit; man denkt gar nicht daran, alt zu werden, da man es so schnell geworden ist; Frauen von fünfzig sind blendende Bühnensterne. Die Erwachsenen sollen kindlich wie die Kinder, aus Protest.

Sechzig, siebzig Jahre wären an sich bei normaler Ablauf genug. Gegen Ende zu wird die Sache doch etwas langweilig. Und so wird sie gegen Ende zu immer interessanter, und wenn die Vorstellung aus ist, sind wir wie die Kinder und wollen, daß weiter-

gespielt werde. Aber so wie Shaw es will, einfach fordernd, mollend, mit dem Fuß aufstampfend, alter Knabe, geht es nicht. Er will die Substanz des Lebens strecken, weil er nicht wagt, Hand an die rasende Maschine zu legen, die die Ursache ist, daß die Substanz so zusammenschrumpft.

Man wird aber doch nicht darum herumkommen, sich mit der Ursache des Übels zu beschäftigen. Die Zeit vergeht zu rasch, deshalb ist unser Leben zu kurz; dies ist der bedrückende Tatbestand. Warum erhebt Shaw die Forderung, unser Leben müsse länger währen, anstatt zu verlangen, das nervöse Tempo müsse gebremst werden und die Zeit langsamer vergehen? Welche von den beiden Forderungen ist eher zu verwirklichen? Man muß darüber nachdenken. Fest steht: wir wollen, wollen, müssen älter werden als bisher.

Staatsoper: „Palestrina“.

Pigners „Palestrina“ ist zu frei von aller Sinnlichkeit und Gefälligkeit der Formsprache, als daß es volle Häuser machen könnte. So gibt die Staatsoper das Werk im Abonnement. Der Unbearbeitete wird zwar den wunderbaren Gedanken des ersten Aktes und seiner großartigen Steigerung fremd gegenüberstehen, auch der zweite Akt hat seine besonderen Verstandeswünsche. Aber wer die Ruhe nach dem Sturm des Experimentes liebt, wer der Romantik mit dem Herzen mehr als mit den Sinnen verwaschen ist, für den kann die Teilnahme am Schöpfungswert der berühmten Messe zum feierlichsten Erlebnis werden. Da ich mich zu diesen rede und neben aller literarischen Gleichgültigkeit, ja schöpferischen Indifferenz im Pigners Musik gerade auch in Palestrina Charaktervolles, Edles, dramatisch Lebendiges, Witziges in Menge sehe, nicht alles organisch gebunden, aber doch in meisterlicher Orchester- und Orchesterpuppenspieligkeit und Glanz genommen ist, so bleibt auch dieser Reueinstudierung ein Festcharakter gewahrt. Dem ersten Bild läte Renovierung gut. Wenn die Meister zusammenstehen und ihre große Schulpause halten, so muß das in dem Rahmen einer traumhaften Vision geschehen, also weniger lebendig und plastisch. Dagegen könnte im zweiten Akt die Bewegung vor der Konzilsitzung unruhiger, aufgeräumter sein; schließlich geht es ja um Weltfragen, nicht nur um Intrigen. So lang die einst von Mann kreierte Titelfigur, musikalisch würdig und schön, ohne gerade Palestrinaformat zu erreichen. Charakteristisch sein pointierend der Morone Schieds, der Konagorio Henkes und der Kardinal Lists, dessen schwarzer Haß besonders imponant wirkt. Shorrs Barones wäre zündend, wenn sein Bariton in der Höhe die Töne hergäbe, die sein Spiel und seine Tiefe haben. Eine Legende, die sich unter Männern abwickelt; um so deutlicher seien die wenigen Frauen in ihren Rollen gelobt: Friede Ratherr, Wagner, Genia Guselewitsch, Thea Bieber. Leider hat die Staatsoper weder einen prominenten Vognerdirigenten noch einen Pignerdiregenten. Seil dirigiert die Partitur wohl technisch korrekt, aber man hat nicht das Gefühl, als sei er innerlich mit dem Werk verbunden. Wenn schon Pigners selbst den Taktstock nicht ergreift, so hätte für die innere Heiligkeit der Musik nur Schillings direkte Beziehung. Leider sind die Stimmungen

in der Staatsoper so schlecht und verwirrt, daß vorerst an die Berufung eines neben Meibler wirkenden prominenten Kapellmeisters nicht gedacht werden kann. R. E.

Vorträge von Gertrud Eysoldt und Elisabeth Bergner. Gertrud Eysoldt sprach im Vestingmuseum die lobende Rede Victor Hugos am Grabe Voltaire und die Menschheitsgrüße Walt Whitmans. Die Worte schlugen wie Flammen in den Saal: auf dem Podium steht eine Frau, die mit der großen Kraft ihrer eigenartigen Kunst uns mitreißt, uns mit sich reiht, daß wir alles um uns vergessen und dankbar sind. — Elisabeth Bergner las im Deutschen Theater Gedichte von Goethe, Rignonsieder, Werther. Wie sie, Tchang-Haitang, im Kreis der Lieber, ganz zart und etwas traurig, singt, so sprach sie Goethe. Fast ohne Gebärde, nur die Augen jubeln. Eine kleine Heilige steht auf der Bühne; ihre Stimme ist so unendlich leise und sanft, daß wir sie kaum verstehen. Doch wir wissen, daß wir uns freuen müssen, wenn Tchang-Haitang uns überhaupt vorsingt. Da wagt keiner, „Sauter!“ zu rufen. G. E. W.

Eine Maschine erlegt sechzig Mathematiker. Im Laboratorium des Forschungsinstituts für Röntgenkunde und Geologie in Washington steht eine Maschine, die angeblich die Arbeit von sechzig Mathematikern mit absoluter Zuverlässigkeit erledigt. Es handelt sich um eine Apparat, die man auch das „Reisinggerin“ nennt, weil die 15 000 Teile, aus denen sie sich zusammensetzt, aus Reising hergestellt sind. Der Apparat dient dazu, die Gezeitenbewegungen, d. h. das Eintreten von Ebbe und Flut für sämtliche Seehäfen der Welt auf 1000 Jahre im voraus zu berechnen. Mittels eines einzigen Handgriffs kann man die Maschine so einstellen, daß man den Wasserstand in einem beliebigen Hafen zu irgend einer Stunde des kommenden Jahrtausends auf einem Zifferblatt ablesen kann. Seit 1912 ist dieser Apparat in Betrieb, an dessen Konstruktion man 15 Jahre lang gearbeitet hat und als man 1922 eine Berechnung wiederholte, die man 1912 von der Maschine hatte machen lassen, stellte sich heraus, daß das Resultat genau das gleiche war. Es ist also während der 10 Jahre nicht die geringste Abnutzung eingetreten, was man selber von einem Menschenhirn auf die Dauer nicht erwarten kann.

Spielpläne: Die Uraufführung des amerikanischen Schauspiels „Regen“ im Theater am Kurparkstandam ist auf Dienstag, den 24. November, verschoben worden. Die Uraufführung des „Mensch“ aufgeführt.

Bühnen-Krank. Die Direktion der Salsburg-Bühnen legt Wert auf die Festhaltung, daß der Aufführung „Der jüdische Witwe“ von Georg Kaiser, um deren Bewusstseins, aber keineswegs erfolgreiches Verbot nicht gelöst wurde, die Aufführung des Werkes, die vor 16 Jahren entstanden ist, und nicht die Vorkaufgabe zugrunde liegt.

Carlwig Janda liest auf seinem Vortragabend am Donnerstag 8 Uhr im Herrenhaus, dem 2. Dichterabend des Verbandes Deutscher Dichter, außer Erzählungen auch Gedichte.

Öffentlicher Vortrag im Museum für Meereskunde. Dienstag, den 17. abends 8 Uhr, spricht Dr. Paul Reuter über: „Marokkos wirtschaftliche Bedeutung.“ (Mit Lichtbildern.) Karten sind täglich und am Vortragabend im Museum für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, zu erhalten.

Städtisches Institut an der Kaiser-Wilhelm-Berlin. Bei Beratung des Prof. Dr. Max Bacher und Leipzig nach Berlin hat sich das Kultusministerium zur Errichtung eines städtischen Instituts in Berlin bestimmen lassen. Dasselbe versteht über mehr als 2000 Bände und ist seit Beginn des Wintersemesters 1925/26 zu wissenschaftlichen Arbeiten geöffnet.

Haltung zu rechtfertigen. Im Gegenteil wünsche sie die Aussprache und hoffe, daß viele Mißverständnisse dadurch beseitigt werden könnten. Besonders die persönlichen Vorwürfe, die wiederholt erhoben worden sind, müsse er zurückweisen, auch soweit sie sich gegen ihn selbst richteten. Daß die Zentrumsfraktion sich an der Regierung Luther mit „wachsender Reserve“ beteiligt habe, sei aus Geschäftsberichten heraus bekämpft und aus den gleichen Gründen behauptet worden, die Fraktion sei unter Vertretung der „wachsenden Reserve“ nach rechts gerückt. Diese Behauptung weist Fehrenbach mit großer Entzückung zurück.

Es sei allerdings ganz unmöglich gewesen, die Zollpolitik und Steuergesetze mit der Linken zu machen.

Darüber bestehe doch nirgends ein Zweifel. Und die Auswertungs-gesetze, wenn sie auch noch nicht ideal sind, würden ohne die Zoll- und Steuergesetze undenkbar sein. Aber selbst wenn sie mit der Linken gemacht worden wären, würden die Deutschnationalen die Auswertungs-gesetze kritisieren, wie sie heute von den Sozialdemokraten kritisiert werden. Was ist also übrig von der Behauptung, wir seien zu weit nach rechts gegangen?

Die Behauptung, wir hätten Luther ermuntert, uns einen zweiten Ministerposten anzubieten, sei schon als unwahr öffentlich gekennzeichnet worden. Frohgem werde diese Behauptung gerade in Zentrumskreisen weiter verbreitet, so daß man schon von der wissenschaftlichen Verbreitung einer Unwahrheit sprechen dürfe. Was die Abwägung der Diskussion über die Zolltarife anbetrifft, so erklärt Fehrenbach, daß er die Belastung mit dieser Abwägung gern mit in die Erwägung nehmen würde. Wegen dieser Abwägung hätten gerade die Sozialdemokraten keineswegs ihm davorin das früher bestandene Vertrauen entzogen. Aber in vielen Zentrumsblättern und -vereinen werde er deshalb immer noch verdächtigt.

Fehrenbach begründet in längeren Ausführungen noch die Haltung, die er und die Fraktionsmehrheit bei der Handhabung der Geschäftsordnung in der Endabstimmung über die Zollvorlage eingenommen haben.

Die Vorwürfe, die aus Anlaß des Falls Wirth erhoben worden sind, das Zentrum hätte die republikanische Staatsform gefährdet, sind unrichtig. Wir haben dafür gesorgt, daß kein Verfassungsaus-schlag eingeleitet werde, wir haben durch unser Verhalten die Reichs-farben Schwarz-Rot-Gold gesichert. Für das Zentrum ist freilich die Staatsform keine Weltanschauungs-frage. Wir waren in der alten Monarchie Mon-archisten, zum Teil sogar mit dem Herzen, zumeist monarchistisch aus Vernunftgründen, in der weitaus größten Mehrheit sicher deshalb, weil die Monarchie so stark war. Heute sei die Mehrheit des Zentrums republikanisch, weil alle Vernunftgründe dafür sprechen, daß nach den Erfahrungen mit der Monarchie keine andere Staatsform für Deutschland möglich sei als die demokratische Republik. (Beifall.)

Die Wirksamkeit des Reichsbanners zum Schutze der Republik verdiene höchste Anerkennung, gerade weil es einen starken Wall bilde gegen die Kampfbünde auf der Rechten. (Stürmische Zustimmung.) Aber trotzdem wünsche er, daß bald auch das Reichsbanner überflüssig werde, indem die Kampfbünde der Rechte ihre Tätigkeit einstellen. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Das Zentrum habe die Aufgabe, mehr als bisher den Staatsgedanken zu pflegen und sehr warme herzliche Worte der Anerkennung für die neue Staatsform seien gerade in seinen Versammlungen mehr als bisher notwendig und wünschenswert. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Um 12 Uhr wurden die Verhandlungen abgebrochen. Um 3 Uhr soll die Aussprache beginnen, in der wahrscheinlich Dr. Wirth zunächst das Wort nehmen wird.

Die Kundgebung der Reinsager.

Eine Demonstration für Vocarno.

Gestern ist im Lustgarten die angekündigte Demonstration der Deutschnationalen gegen Vocarno geschehen. Demonstration? Kaum ein Demonstrationsname war's und man konnte sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren, daß die Bericht-erstatter den größeren Teil der Demonstration stellten. Wenn man die Zahl der zur „Massendemonstration“ Aufmarschirten auf 1500 angibt, so ist das schon hoch gegriffen. Aber auch von diesen auf-rechten 1500 setzten sich Zweidrittel aus unminnigen Schülern zu-sammen, so daß etwa 500 Stimmberechtigte gegen Vocarno demonstriert haben. 500 Stimmberechtigte — das ist ein Nichts! Die deutschnationale Demonstration gegen Vocarno war in Wirklichkeit die glänzendste Demonstration für Vocarno. Man darf der deutschnationalen Parteileitung und den Vereinigten Vaterländischen Verbänden dankbar dafür sein, daß sie der Öffentlichkeit im In- und Auslande den Beweis erbracht haben, daß eine Politik gegen Vocarno im Volke keine Anhänger hat.

Nicht weniger als 14 „vaterländische“ Organisationen hatten zu einer Demonstration gegen den Vertrag von Vocarno nach dem Vorfälle in Potsdam aufgerufen. Neben der Deutschnationalen zeichneten die Völkische und die Nationalsozialistische Partei als Einberufer. Dazu kamen drei verschiedene Offiziersverbände, Adels-bund, Jungba, Verein der Unteroffizierschüler usw. Die Musik lieferte die Kapelle des Stahlhelm, Potsdam. Ganze 300 Men-schen fanden sich ein, darunter fast die Hälfte Gegner der Demonstration als Zuschauer. Obgleich man noch die Jungba, Stahlhelm, Bismarck-Jugendgruppen aus Nowawes zur Ver-stärkung herangezogen hatte, wies der die Kundgebung abschließende Demonstrationszug die unglaublich geringe Teilnehmerzahl von kaum 180 (nach mehrfacher Zählung) auf!

Deutschnationaler Parteitag.

Am Sonntag wurde der deutschnationale Parteitag im Kriegervereinshaus zu Berlin durch eine Sitzung des Parteiaus-schusses eingeleitet, an dem sämtliche Landesverbandsvorsitzende teilnahmen. Auch die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion waren fast vollständig vertreten. Parteivorsitzender Dr. Winkler hielt ein ausführliches Referat über die politische Lage. In der an-schließenden Aussprache soll vollständige Einmütigkeit darüber ge-herrschet haben, daß man den Führern der Partei das volle Vertrauen ausgesprochen und die Verträge von Vocarno ablehnen müsse.

Friedhofsstille in Italien.

Das römische Katholikenorgan stellt sein Erscheinen ein. Rom, 16. November. (W.B.) Das offizielle Organ der italienischen katholischen Volkspartei in Rom, „Il Popolo“, stellt mit, daß es sein Erscheinen einstellt.

Der „Popolo“ ist damit dem allgemein erwarteten Verbot zuvorgekommen.

Italien zahlt. Solort nach der Bolshinatener Unterzeichnung des italienisch-amerikanischen Kriegsschadensabkommens hat Italien die erste Juni 1926 fällige Rate von 5 Millionen Dollars durch Schatz bezahlt.

Edener an die Jugend.

Für die Zeppelin-Edener-Spende, die den Bau eines Zeppelins zur Erforschung der Polargegend ermöglichen soll, warb eine die Jugend Berlins aufrufende Kundgebung. Fünf-tausend Schulkinder, Jungen und Mädchen aus Schulen aller Art, von der Volksschule bis zu den höheren Lehranstalten, füllten am Son-nntag in der Mittagsstunde den Jirkus Busch bis zu den höchsten Sit-zreihen. Die Schuljugend war gekommen, Edener selber in Berlin über seinen erfolgreichen Amerikaflug und über den Plan eines Pol-fluges sprechen zu hören.

Nach einleitendem Gesang des Schwarzmeißlerischen Kinderchores begrüßte Oberschullehrer Wolff als Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins die erwartungsvolle Schar und erinnerte an zwei große Berliner Tage, an Zeppelins Fahrt nach Berlin im August 1909 und an Edeners Fahrt über Berlin hinweg im September 1924. In das dreifache „Heil“ auf Edener stimmten die Fünftausend jubelnd ein. Mit Beifallsgebrüll begrüßte sie Edener, der an das Rednerpult trat. Dem Wert Zeppelins gelte diese Ehrung, begann er. Auf die Jugend zähle das Alter, in Pflichtgefühl und Vaterlandsliebe solle sie Deutschland wieder zu Ehren bringen. Ehre machen werde den Deutschen auch das geplante Polarluft-schiff. Es werde der Wissenschaft dienen, die Möglichkeit der Ver-wendung zu solchem Zweck dartun und Deutschlands Leistungsfähig-keit im Luftschiffbau zeigen. Vom Luftschiff aus soll in einer Fahrt von drei bis vier Tagen das ganze Polargebiet bei Nordosten und bei Nordamerika aufgenommen werden. Dann sprach Edener in schlicht-fachlicher Darstellung von seinem Amerikaflug, von der Fahrt durch Nebel und Sturm und von dem überraschenden Begrüßungsjubel, mit dem New York die deutschen Luftfahrer empfang. Begeistert waren des Redners Ausführungen über die vorausgegangenen Berechnungen der Fahrtdauer, des erforderlichen Benzinoorrats und der daraus sich ergebenden Belastung, seine Schilderung der umsichtigen Ausnutzung von Wind und Wetter während der Fahrt und der Verwendung drahtloser Telephonie zur Verständigung mit begehenden Seeschiffen. Den jugendlichen Zu-hörern mußte sich der starke Eindruck ausdrängen, daß hier nicht durch das Zerstückeln roher Gewalt, wie ein Krieg sie entsefelt, sondern durch aufbauende Taten des schaffenden Geistes ein Volk wieder zu Ehren gekommen ist. Mit einem langanhaltenden, immer wieder aufbrausenden Beifallssturm dankte die Jugend Berlins dem Redner. Was nach Edener der Professor Meißner als Vor-sitzender des Deutschen Philologenbundes noch zu sagen hatte, klang fast wie ein Versuch, die Kundgebung nationalistisch zu färben. Dem Gedächtnis, das Wert Zeppelins und Edeners nach Kräften zu unter-stützen, stimmten die Versammelten freudig zu.

Nebenbei sei bemerkt, daß man das Rednerpult mit einer Flagge geschmückt hatte, die den noch gekrönten Reichsadler der Kaiserzeit zeigte. Das war wohl nur ein Versehen der Regie, die sich auf den Flaggenorrot des Jirkus Busch verlassen hatte und darin noch keine kronenfreien Reichsadler fand. Auch das Schwarz-Rot-Gold der deutschen Republik haben wir in dem weiten Raum nicht bemerkt.

Der Schlusakt im Bohmer-Prozess.

Urteil des Staatsanwalts: 2 Jahre Gefängnis.

Der Andrang am heutigen Tage übertraf alles bisher Dage-wesene. Die gesamten Poljiner Zeugen waren erschienen, auch Hauptmann Hester und Frau Dr. Dommer. Die sensations-würdigen Potsdamer kamen auf ihre Kosten. Wie immer, mit lauchendem Gesicht betritt die Gräfin die Zelle Nr. 30. Gleich nach ihr wird Stangen eingeliefert. Polizei ist verstärkt überall postiert.

Der Anklagevertreter, Erster Staatsanwalt Gerlach, er-scheint. Noch einmal wird in die Gemeisenschaft eingetreten. Der Präsident Ried teilt noch mit, daß in dem Paket im Heiligen See sich auch Löffeln mit M. A. befunden hätten. Diese gehörten ihm be-stimmt. Der Staatsanwalt beginnt. Märchen und Wahrheit in diesem Prozeß. Märchen sind uns erzählt worden. Der Prosch-könig hat das Silberzeug in den Heiligen See gelegt. Heinzelmännchen haben die Wase an die Kirche gelegt. Intrigen sollten hier gespielt haben. Keine Rede davon, daß die Gräfin wie ein Wild von der Polizei gefügt wurde. Wahrheit ist hier, daß in Poljin und beim Präsidenten Ried gestohlen ist. Und zwar von der Angeklagten. Dann beleuchtet der Staatsanwalt das Lügengewebe der Angeklagten. Belehrt auf den gemeinen Vorstoß gegen die Aufwärterin Sandura, kommt auf die Gefährlichkeit der Gräfin zurück, die Frau des abge-stürzten Regierungsrats Laubinger in diese Affaire hineinzuziehen. Der Anklagevertreter bricht eine Lanze für die Potsdamer Polizei. Mit erhobenen Worten führt er aus, daß die Polizei nicht verlag, sondern pflichtgemäß gearbeitet hat. — Der Staatsanwalt hält die Angeklagte der Potsdamer und Poljiner Diebstähle für über-lübt und beantragt für die Poljiner Diebstähle je 6 Monate und im Potsdamer Diebstahl 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, zu-sammengenommen 2 Jahre Gefängnis. Strafschärfend hielt der Staatsanwalt, daß leicht Hotelangestellte in Poljin in den Verdacht des Diebstahls gelangen konnten, wie in Potsdam die Aufwärterin Sandura. Die Angeklagte kann nicht scharf genug bestraft werden, denn ihre Handlungsweise zeugt von niedrigster und gemeinsten Gesinnung.

Das Jubiläum des Haupttelegraphenamts.

Gestern vormittag fand in der staatlichen Hochschule für Musik der Festakt zur Feier des 75-jährigen Bestehens des Haupt-telegraphenamtes Berlin statt. Nach musikalischen Vorbietungen eines aus Berliner Post- und Telegraphenbeamten gebildeten Orchesters und eines ebensoviele Chors begrüßte nach kurzem Prolog Oberpostdirektor Jeller, der Vorsteher des Haupttelegraphen-amtes, die Erschienenen in längerer Rede. Hieran schlossen sich Begrüßungsansprachen durch den Staatssekretär des Reichspost-ministeriums Sautter, durch den Präsidenten der Oberpost-direktion Berlin Benzls und eine Reihe anderer Persönlichkeiten. Den Schluß bildeten nochmals musikalische Vorbietungen.

Reichsbannertag in Wildau.

Am Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Wildau des Reichs-banners eine Gefallenengedenkfeier, an der sich auch die umliegenden Kameradschaften und die Bevölkerung stark beteiligten. Die Ge-danktrede hielt Martin Schneider von der Gausleitung. Er sprach im Namen aller Kämpfer und Kriegsbeschädigten: „Im Deutschlands willen standen wir vier Jahre lang im Schlamm der Gräben, kämpften über die selber des Grauens dem Feinde entgegen und jeder Schuldbuß soll sich heute erdreisten dürfen, uns Republik-aner als Landesverräter zu bezeichnen. Es ist die Pflicht des Reichsbanners, den Gedanken ins Land hinauszutragen, daß nur die Republik die Grundlage der Völkerverständigung und Völkerver-jöhnung bildet.“ Er schloß mit dem Rufe: Nie wieder Krieg!

Die koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft veranstaltete gestern in der Neuen Welt, Hasenheide, eine öffentliche Kundgebung, bei der Redner der meisten bürgerlichen Parteien mit Aus-nahme der Bayerischen Volkspartei und der Völkischen sprachen. Die Redner wiesen auf das Recht zur kolonialen Betätigung und auf die wirtschaftliche Notwendigkeit des Besitzes von Kolonien hin. Eine ent-sprechende Entschliebung gelangte zur Annahme. Herr Saubach von den Deutschnationalen, dessen Ausführungen ein lyrisch-sentimentales Sonntagsgedicht waren, ist leider die Antwort schuldig geblieben, wie wir ohne Verständigung wieder zu Kolonien

kommen können. Auch wäre es sehr interessant gewesen, wenn Graf Neventlow von den Völkischen, der als Redner an g e l u n d i g, aber nicht erschienen war, gesagt hätte, wie man Vocarno ablehnen und die Kolonien erreichen kann. Das Maulaufreißen hilft nun einmal nicht.

Hauptversammlung des Bundes religiöser Sozialisten

Der Bund religiöser Sozialisten, dessen Mitgliedschaft sich über Deutschland erstreckt, hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 14. und 15. November in Berlin ab. Dem in der Eröffnungs-sitzung erlauteten Geschäftsbericht des Vorsitzenden Göring-Berlin ist zu entnehmen, daß der Bund, nachdem er durch die Not der Inflationszeit fast zum Erliegen gekommen war, jetzt wieder im Aufstieg begriffen ist. Im Jahre 1913 wurde er in Berlin Nord-West mit 13 Mitgliedern gegründet, bis Anfang 1923 hieß seine Mit-gliederzahl auf mehr als 3000, schon im Frühjahr 1924 zählte er nur noch 117 Mitglieder, heute aber beträgt sein Mitglieder-bestand schon wieder rund 700. Das Statut legt über die Ziele des Bundes: „Der Bund sammelt unter voller Anerkennung jeder echten religiösen Überzeugung alle Männer und Frauen, die mit den Grundsätzen Christi nicht nur im privaten, sondern auch im öffent-lichen Leben vollen Ernst machen wollen und die darum auch für sozialistische Lebensgestaltung eintreten. Er bekämpft die herkömmliche Auffassung der christlichen Forderungen bei der Lösung positiver, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragen. Er will den Grundgedanken der Brüderlichkeit in ge-rechter Umformung der äußeren und innerpolitischen Verhältnisse durchgeführt sehen und betrachtet den Kampf gegen die unchristlichen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als eine Gemeinspflicht.“ Klarer Pichowski-Rednerin Kante in seinem Pressebericht darüber, daß die Bewegung zu wenig durch die sozialdemokratische Presse unterstützt werde. Der Verhandlungen wurden am Sonntag fortgesetzt.

Großfeuer in Mahlsdorf-Süd. In der Nacht zum Sonntag kam auf einem Lagerplatz des Baugeschäfts von Gebrüder Bölsler u. Co., Köpenicker Allee 62/63, in Mahlsdorf-Süd ein Feuer zum Ausbruch, während die dortige freiwillige Feuerwehr mit anderen ihr 23-jähriges Stiftungsfest feierte. Von dem Ver-gängen ging es wieder an die Lösung des ausgebreiteten Brandes. Als die Wehren aus Mahlsdorf, Kaulsdorf, Köpenick, Dahlewig, Friedrichshagen, Wiesdorf, Friedrichsfelde usw. an der Brandstelle ankamen, stand ein 225 Quadratmeter großer Schup-pen mit einem Bureau und dem angrenzenden Holzlagerplatz schon in Flammen. Bemerkenswert war die Gefahr erst als diese schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Von allen Seiten wurde mit sieben langen Schlauchleitungen sehr wirksam angegriffen und dadurch größerer Schaden vermieden. Es gelang schließlich den Brand vollständig einzukreuzen und nach Mitternacht zu löschen. Gegen Morgen konnten die Wehren wieder abrücken.

Billige Fischkage! Am Dienstag und Mittwoch, den 17. und 18. November 1926, findet ein billiger Fischverkauf statt. Es kommt zum Verkauf frisch eintreffender Ostseefisch pro Pfund 25 Pfennig. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den Lebensmittelgeschäften, in den Markthallen und auf den Wochen-märkten.

Humboldt-Hochschule. Mitte November und folgende Tage be-ginnen 40 neue Abendkurse für jedermann. Programme sind unentgeltlich in zahlreichen Buchhandlungen und im Hauptbureau, Köpenicker Straße 108, zu haben.

Attentat auf den D-Zug Hamburg — Berlin

Eine geheimnisvolle Angelegenheit.

Gestern gegen 10 Uhr abends meldete sich in der Bahnhofs-erbude 97 bei dem Dorje Zernitz an der Strecke Berlin — Ham-burg ein Mann, der angeblich die Eisenbahnstrecke entlang gegangen zu sein, um von Reusdorf an der Dose nach Zernitz zu gelangen, weil er angeblich kein Fahrgeld hatte. Er meldete, daß er auf der Brücke über die Jaglich zwei Drähte und zwei kleine Kästen bemerkt habe, die Sprengkörpern ähnlich sahen. Als er im Begriff war, sich diese Gegenstände näher anzusehen, seien zwei Männer auf ihn gesprungen und hätten ihn gedroht, ihn zu erschließen. Der eine habe ihn so geschlagen, daß er in die Bahn-wärtererbude hätte flüchten müssen. Der D-Zug Berlin — Hamburg, der 10,06 Uhr nachts Zernitz durchfuhr, konnte rechtzeitig angehalten werden. Eisenbahnbedienstete führten mit der Zuglokomotive bis zur Brücke und untersuchten diese genau. Gefunden wurde ein 50 Meter langer blanker Kupferdraht und eine Rolle Holzwolle. Von den Tätern war nichts mehr zu bemerken. Nachdem auch die angrenzende Strecke als gefahrlos festgestellt worden war, setzte der D-Zug um 11,50 Uhr seine Fahrt fort. Die zuständigen Stellen glauben, daß es sich um ein fingiertes Attentat handele und daß es dem Manne nur darauf angekommen sei, von der Eisenbahndirektion eine Be-lohnung zu erhalten, die dem Entdecker eines Anschlages gewährt wird.

Zu Bergwerk begraben.

Amsterdam, 16. November. (W.B.) Wie aus Heerlen berichtet wird, ereignete sich dort auf einer Kohlenzeche am Sonnabend nachmittags ein schwerer Unglücksfall. Beim Abströmen eines Ganges stürzte dieser in einer Länge von etwa 15 Metern zusammen, wobei drei Arbeiter unter den Trümmern begraben wurden. Alle drei konnten nur als Leichen geborgen werden.

Mit 120 Kilometer ins Publikum.

Newcastle (Australien), 16. November. (W.B.) Während eines Rennens fuhr ein Automobil mit einer Geschwindigkeit von 70 Meilen (etwa 120 Kilometer) in der Stunde in die Zu-schauermenge hinein. Eine Person wurde getötet, 25 verletzt, davon 9 schwer.

Autounfall von Krupp v. Bohlen-Halbach.

Essen, 16. November. (W.B.) Das Auto des Herrn Krupp von Bohlen-Halbach ist gestern zwischen Ahuus und Epe in Westfalen verunglückt. Der Wagen kam auf der halbgefrorenen Straße ins Schleudern, rief einen Baum um und stürzte die Bö-schung hinab. Der Chauffeur verunglückte hierbei tödlich. Herr und Frau von Bohlen kamen unter das Auto zu liegen. Frau von Bohlen erlitt anscheinend einen Schlüsselbruch und Rippenverletzungen. Sie befindet sich zurzeit in einem Krankenhaus. Die Verletzungen des Herrn Krupp von Bohlen-Halbach sind unerheblicher Art.

Feuerbrand in Prag. Nach einer Meldung aus Prag brach in dem Magazin der Roboterwerkstätten der Böhmisch-Mährischen-Röhren A.-G. in Bystritz ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit über den ganzen Fabrikkomplex ver-breitete. Den Feuerwehren von Prag und anderen Ortschaften sowie den Wehren der angrenzenden Fabriken gelang es, das Feuer auf das vom Brande erfaßte Gebäude zu beschränken, das voll-ständig niederbrannte. In den Roboterwerkstätten be-fanden sich wertvolle Objekte ausländischer Maschinen. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, wird auf circa 1 Million Kronen geschätzt.

Deutsche Hilfe bei der Hebung des englischen Unterseebootes M. I. Bei der bekannnten Firma für Schiffszubehörsapparate Kaufeldt u. Ruhnke in Kiel ist von der englischen Marineleitung das Ersuchen um Hilfeleistung bei der Bergung des in der Nähe von Plymouth gesunkenen englischen Unterseebootes M. I. einge-gangen. Die Firma hat bereits eine Expedition mit 2 Tiefstauch-apparaten entsandt. Diese Apparate haben schon bei Erprobungen bis zu 160 Meter Tiefe einwandfrei gearbeitet.

